



D64
Zentrum für
Digitalen Fortschritt

ADRESSE
D 64 e.V.
Werftstraße 3
10557 Berlin

KONTAKT
W D-64.org
E vorstand@d-64.org

**Landtag Nordrhein-Westfalen
Enquetekommission III**

Per E-Mail an anhoerung@landtag.nrw.de

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/2014**

A42

6. November 2019

**EK III – Ungleiche Verteilung von Partizipationschancen – schriftliche
Anhörung**

Stellungnahme von D64 - Zentrum für digitalen Fortschritt e.V.

Die Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ im Landtag Nordrhein-Westfalen führt eine schriftliche Anhörung zur ungleichen Verteilung von Partizipationschancen durch. D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt e.V. wurde im Rahmen der schriftlichen Anhörung um eine Stellungnahme gebeten.

D64 hat sich zum Ziel gesetzt, die gesellschaftliche Entwicklung im Zuge der Digitalisierung aktiv, konstruktiv und kreativ mitzugestalten. D64 versteht sich als progressiver Think Tank, der über das reine Nachdenken hinaus auch politische Veränderungen erreichen will. Als Kompass für die inhaltliche Ausrichtung fungieren dabei die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die es vor dem Hintergrund der Digitalisierung fortlaufend zu aktualisieren gilt.

Wir bedanken uns für die Anfrage, freuen uns über die Möglichkeit zur Stellungnahme und beantworten Ihre Fragen wie folgt:

1. Wie beschreiben Sie die Situation von Menschen Ihrer Interessensgruppe, die sich kommunalpolitisch engagieren möchten und/oder kommunalpolitisch aktiv sind?

- Kommunalpolitisches Engagement findet beinahe ausschließlich als ehrenamtliche Tätigkeit statt, mit dadurch begrenzten zeitlichen Möglichkeiten. Daraus entsteht die Herausforderung Beruf, Familie/Freizeit und kommunalpolitisches Ehrenamt in Einklang zu bringen.
- Das Interesse unserer Mitglieder dreht sich entsprechend unserer Mission als Digitalverein stark um den Themenbereich Digitalisierung, oft geprägt durch einen beruflichen Hintergrund in diesem Kontext. Dabei geht es aber allen Mitgliedern immer um die gesellschaftspolitischen Implikationen der Digitalisierung.

2. Mit welchen Herausforderungen ist Ihre Interessensgruppe im Bereich politischer Beteiligung konfrontiert? Gibt es konkrete Hindernisse, die einem kommunalpolitischen Engagement entgegenstehen?

- Digitale Beteiligungsmöglichkeiten bzw. digitale Tools sind beruflich wie privat Teil des Alltags bei D64, in der kommunalpolitischen Arbeit ist dies noch häufig die Ausnahme. Schon der verschlüsselte Versand von E-Mails für sensible Angaben/ Inhalte stellt häufig eine Barriere dar, ebenso der Einsatz von digitalen Kommunikationsmöglichkeiten, wie Messenger, Slack etc.
- Hier wird die Gelegenheit verpasst, gerade durch digitale Möglichkeiten die Vereinbarung von Familie, Beruf und Kommunalpolitik zu erleichtern, z.B. in dem Präsenzsitzungen reduziert oder durch digitale Teilhabe (Video-Chat) verändert werden könnten. Kommunikation in der Kommunalpolitik findet folglich auch gefühlt deutlich langsamer statt als in anderen Lebensbereichen.
- Trotz digitaler Kommunikationsmittel ist die örtliche Nähe der Mitglieder relevant. Die Zusammenarbeit geschieht selten rein digital, Treffen sind zur Koordinierung und zum Aufbau und zur Pflege von persönlichen Kontakten notwendig. Deshalb sollten digitale Möglichkeiten zur Ergänzung und zur Entlastung genutzt werden.
- Informationen zu direkten Partizipationsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene sind meist schwer zu finden. Digitale Medien werden zu selten gezielt genutzt, um darauf hinzuweisen.

3. Welche Bedingungen müssten sich verändern, damit eine höhere politische Beteiligung Ihrer Interessensgruppe in der Kommunalpolitik erreicht werden kann?

- Die Möglichkeiten, mit Hilfe von digitalen Medien im Kommunalen partizipieren zu können, sollten erleichtert werden, um die Vereinbarkeit des kommunalpolitischen Engagements mit anderen Lebensbereichen zu erleichtern.
- Kenntnisse aus bereits vorhandenen Pilotprojekten auf kommunaler Ebene sollten unbedingt verwendet werden.
- Teilnahme an Veranstaltungen (z.B. an Sitzungen oder Besprechungen) sollte über Video-Chat möglich sein; Veranstaltungen sollten im Nachgang als Video online einsehbar sein.
- Es fehlt an niedrigschwellig verfügbaren Informationen über Partizipationsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik und auch über Informationen zu entsprechenden Abläufen. Diese sollten online leicht auffindbar und verfügbar sein.
- Betroffene Entscheidungen und deren Entstehungsprozess sollten visuell aufbereitet werden und in leicht verständlicher Weise online präsentiert werden.
- Die digitale Kommunikation mit Ämtern und Behörden als häufige Kontaktpunkte kommunalpolitischer Arbeit sollte einfacher und datensicher (z.B. verschlüsselter E-Mailversand) möglich sein.

4. Gibt es eine spezifische zusätzliche Belastung kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger? Falls ja, wie kann diese bei politischen Lösungsansätzen berücksichtigt werden?

- Mangelnde (wahrgenommene) Wertschätzung von kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern:
 - Eigene kommunale Erfolge werden durch höhere politische Ebenen (Landes-, Bundes-, Europapolitik) und entsprechende Forderungen oder Handlungen überlagert und dadurch weniger wahrgenommen.

- Kommunale Mandatsträger*innen stehen unter Rechtfertigungsdruck für Entscheidungen und Probleme, die andere politische Ebenen zu verantworten haben. Das Problem kann in dem Gefühl mangelnder Wertschätzung münden (siehe Frage 7).
- Lösungsansatz:
 - Transparenz bei kommunalen Anliegen durch digitale Übersicht erhöhen (siehe Punkt 3, vorletzter Punkt).
 - Kommunale Anliegen, Impulse und Umsetzungen sollten klar präsentiert werden und für Mandatsträger*innen und Bürger*innen nachvollziehbar sein.
 - Klare Kommunikation von verschiedenen Verwaltungsebenen zum Sachstand bei laufenden Projekten und Anliegen, um einfache Nachvollziehbarkeit für Mandatsträger*innen zu schaffen.
- Mehrfachbelastung der Mandatsträger*innen durch Arbeit, Familie und Mandat:
 - Die oft geforderte physische Anwesenheit bei Sitzungen schreckt aufgrund der hohen persönlichen Belastung viele potentiell Interessierte ab.
 - Pendler*innen und Berufstätige, deren Wohn- und Arbeitsstandort sich unterscheiden, können ein Ehrenamt schwer wahrnehmen.
 - Lösungsansatz:
 - Mitarbeit mithilfe von Online-Tools unabhängig von Sitzungsterminen ermöglichen. Denn insbesondere vorbereitende Arbeitsgruppen der Parteien/Fraktionen kommunaler Gremien finden häufig zu Uhrzeiten statt, die für Berufstätige nicht einzurichten sind.

5. Welche Rolle spielt die Digitalisierung? Kann Digitalisierung kommunalpolitische Teilhabe und kommunalpolitisches Engagement verändern?

Als digitaler Think Tank sehen wir die Möglichkeiten im digitalen Raum als eine Chance für eine bessere demokratische Partizipation an. Trotzdem sollten neue digitale Tools nicht um ihrer selbst willen eingeführt werden, sondern deren Einführung und Nutzung einem grundlegenden Konzept folgen. Zuerst sollten gewünschte Prozesse definiert werden und basierend darauf die entsprechenden digitalen Tools ausgewählt werden. Wenn eine breitere Teilhabe an kommunalpolitischen Prozessen (sowohl im Sinne von politischen Engagements als auch durch Möglichkeiten der digitalen Demokratie) gewünscht ist, können digitale Möglichkeiten hierbei Abhilfe schaffen - sofern Zielgruppen und Ziele bekannt sind. Dies kann verhindern, dass eine Überforderung oder negative Erfahrungen mit digitalen Werkzeugen zu einer Ablehnung "der Digitalisierung" als solche eintritt.

6. Wie viel Einfluss haben die Rahmenbedingungen, wie z. B. steigender Zeitaufwand und Aufgabenvielfalt? Welche Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Partizipation auf kommunaler Ebene erleichtern?

Wie bereits in Frage 1 und 4 beschrieben, spielen Informationsmöglichkeiten über das Ehrenamt, der Zeitaufwand und die Präsenzpflcht eine große Rolle bei der Entscheidung, ein Ehrenamt zu übernehmen. Da unter den jetzigen Bedingungen viele Hürden für Gruppen wie Pendler*innen oder Alleinerziehende bestehen, ist eine Vielzahl von Biografien und Erfahrungen häufig nicht in der Entscheidungsfindung auf kommunaler Ebene vertreten.

Eine bessere Informationsstrategie, eine Öffnung für digitale Möglichkeiten wie Livestreams und eine Reduzierung der physischen Präsenzzeiten könnte zu einer Verbesserung der Situation führen. Weiterhin wäre ein Austausch mit anderen Ehrenamtlichen über die kommunalen Grenzen hinaus hilfreich, um den Ehrenamtlichen das "onboarding" und ihre Arbeit zu erleichtern. Beispiele dafür wären digitale Bibliotheken mit Informationsmaterial, Austausch über Videokonferenzen, ein Wiki und durchsuchbare Antragsdatenbanken.

7. Welche Rolle spielt die gesellschaftliche Wertschätzung bei der Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats?

Durch das ehrenamtliche Engagement sind Wertschätzung und Erfolgserlebnisse häufig die einzige "Währung" die die kommunalpolitische Arbeit und die damit aufgebrauchte Mühe und Zeit aufwiegen. Wertschätzung spielt daher eine überaus wichtige Rolle und sollte sowohl unter Mandatsträger*innen als auch durch Bürger*innen ausgeübt werden.

8. Welche Weiterbildungs- oder medienpolitischen Angebote würden Ihrer Meinung nach Personen Ihrer Interessensvertretung eine politische Beteiligung in der Kommune erleichtern?

Wie bereits ausgeführt können digitale Tools politische Beteiligung erleichtern – sofern Zielgruppe und Ziel bekannt sind (siehe Antwort zu Frage 5). An Zielgruppe und Zielsetzung sollte sich ebenfalls die Auswahl aus den mannigfaltigen Weiterbildungs- oder medienpolitischen Möglichkeiten ausrichten, um ein passgenaues Angebot sicherzustellen. Einer Einführung von neuen Tools sollte eine Evaluierungsphase vorangehen, in der kommunale Mandatsträger, sowie Kommunikations- und IT-Experten eine passende Auswahl an Tools, sowie ein Schulungs- und Nutzungskonzept erarbeiten.

9. Welche politischen und gesellschaftlichen Forderungen hat die von Ihnen vertretene Interessengruppe an die politischen Akteure, um die Unterrepräsentanz von sozialen Gruppen im kommunalpolitischen Ehrenamt abzumildern?

- Benennung von Verantwortlichen und Ansprechpartner*innen für spezifische Themengebiete.
- Der Zugang zu kommunalpolitischem Wissen sollte barrierefrei und einfach für interessierte Personen sein und auch Open Source- sowie Transparenzgrundsätze wahren.
- Transparenz schaffen zu vergangenen Aktivitäten. Aufarbeitung und zur Verfügung stellen von Informationen zu Fortschritten und Lösungsansätzen zu konkreten Themen, sowie bereits gescheiterter Lösungsversuche zu bestehenden oder auch vergangenen Problemen.
- Einhaltung grundsätzlicher Werte:
 - Persönliche Angaben müssen datensicher sein.
 - Ein faires und solidarisches Miteinander muss sichergestellt werden.
 - Keine Teilgruppe sollte grundlegende Vorteile in einer politischen Auseinandersetzung haben.
 - Die Kommunikation muss respektvoll und offen ablaufen.
- Im Sinne von Open-Data sollten unkritische (unpersönliche) kommunale Daten jederzeit einsehbar und somit für die kommunalpolitische Arbeit nutzbar sein.

Gezeichnet:
Der Vorstand von D64